Auskunft Agentur für Arbeit Aufstocker

Bei den Auskunftersuchen der Agentur für Arbeit geht es um Sachverhalte, bei denen ein [Arbeitnehmer](#) Aufstockerleistungen nach SGB II beantragte und seinen Mitwirkungspflichten zur Erteilung von Auskünften nicht nachkam.

Das Ersuchen einer solchen Auskunft wird in Form eines Verwaltungsaktes, Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung, angefordert.

Rechtsgrundlage für die Weitergabe von [personenbezogenen Daten](#) sind hier [Art. 6 Abs. 1 DSGVO](#) Buchstabe c i.V.m § 60 Abs. 3 SGB II.

Zu beachten ist jedoch, dass hier das Sozialgesetzbuch eine Einschränkung macht. Die Auskünfte müssen für die [Erfüllung](#) der Aufgaben - der [Behörde](#) - nach SGB II [erforderlich](#) sein. Fehlen im Anschreiben der Agentur Angaben zur Erforderlichkeit, so ist das Auskunftersuchen zurückzuweisen. Dies geschieht in Form des Widerspruchs gegen den Bescheid:

"Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen Ihr Auskunftersuchen von ... legen wir Widerspruch ein.

Es fehlt die richtige Benennung und Begründung der Rechtsgrundlage für die [Verarbeitung](#) (Weitergabe) der [personenbezogenen Daten](#).

Aus Ihrem Schreiben geht nicht hervor, aus welchen Gründen die Erteilung der Auskunft für die [Erfüllung](#) der Aufgaben nach SGB II [erforderlich](#) sein sollen. Gem. § 60 Abs. 3 SGB II sind dies die Voraussetzungen für die Erteilung der Auskünfte.

Sollten Sie dem Widerspruch nicht abhelfen, ergeht Meldung wegen [Anstiftung](#) zum [Datenschutzverstoß](#) an den zuständigen Datenschutzbeauftragten"

E-Learning Datenschutz

Datenschutz praktische
Lektion

<https://juristi.de/home/index.php?quiz/>